



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

An die Nationalrätinnen und Nationalräte

Bern, 27. Mai 2021

Sommersession 2021

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Hinblick auf die Sommersession 2021 von 31. Mai bis 18. Juni 2021 lassen wir Ihnen unsere folgenden Empfehlungen zukommen.

STANDPUNKTE H+ Die Spitäler der Schweiz Sommersession 2021 Nationalrat

20.3923 s Mo. Ständerat (SGK-SR). Besseres Datenmanagement im Gesundheitsbereich

H+ empfiehlt: Annahme der Motion.

20.4264 s Mo. Ständerat (SGK-SR). Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care

H+ empfiehlt: Annahme der Motion.

21.3003 n Mo. SGK-NR. Das Gesundheitssystem vorbereiten, um die gefährdetsten Personen zu schützen und überstürzte Massnahmen zu vermeiden

H+ empfiehlt: Annahme der Motion.

21.3021 n Mo. WBK-NR. Mehrwert für Forschung und Gesellschaft durch datenbasierte Ökosysteme im Gesundheitswesen

H+ empfiehlt: Motion ablehnen (wie der Bundesrat).

21.3453 n Mo. SGK-NR. Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen

H+ empfiehlt: Annahme der Motion.

21.3454 n Po. SGK-NR. Auswirkungen von Long-Covid

H+ empfiehlt: Annahme des Postulates (wie der Bundesrat).

21.3457 n Po. WBK-NR. Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken

H+ empfiehlt: Annahme des Postulats.

18.437 n Pa. Iv. (Flückiger Sylvia) Herzog Verena. Stärkung der Palliative Care. Entlastung der stationären Strukturen durch Gleichstellung von Hospizen mit Geburtshäusern

H+ empfiehlt: Ablehnung der Pa.Iv. zugunsten der oben genannten 20.4264 s Mo. Ständerat (SGK-SR). Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care.

20.429 n Pa. Iv. Fraktion G. Parlamentarische Covid-19-Verordnung. Konkretisierung von Artikel 102 der Bundesverfassung bezüglich Versorgungssicherheit

H+ empfiehlt: Keine Folge geben.

Für Fragen oder ergänzende Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Anne-Geneviève Bütikofer



Direktorin

20.3923 s Mo. Ständerat (SGK-SR). Besseres Datenmanagement im Gesundheitsbereich

Begründung: Mit Annahme der Motion wird der Bundesrat beauftragt, seine Politik im Bereich des Datenmanagements im Gesundheitsbereich zu ändern und dabei namentlich Folgendes vorzusehen:

- Rasche Umsetzung der "Open Government Data"-Strategie 2019-2023;
- Orientierung an den weltweit besten Praktiken im Bereich des Datenmanagements, namentlich vor dem Hintergrund einer Gesundheitskrise;
- Schaffung einer zentralisierten Datenverwaltung für personelle und materielle Ressourcen für Krisenzeiten;
- Einleitung der auf internationaler Ebene erforderlichen Schritte zum Abschluss von Abkommen über den Daten- und Informationsaustausch im Falle einer Epidemie, gestützt auf Artikel 80 des Epidemiengesetzes.

H+ unterstützt die Motion nur teilweise. Der Bundesrat soll seine bisherige Politik im Bereich des Datenmanagements nicht ändern, sondern beschleunigen.

H+ unterstützt die bundesrätliche Datenstrategie im Rahmen der Nationalen Datenbewirtschaftung (NaDB). Das Programm NaDB fordert mit der Interoperabilität einheitliche und qualitativ gute Daten im Sinne des Once-only-Prinzips. H+ unterstützt ebenfalls das im Rahmen der NaDB durchgeführte Projekt SpiGes. Von diesem Projekt erwartet H+ einen hohen Nutzen sowohl für die Verbesserung der öffentlichen Statistiken als auch zur Verschlankung administrativer Tätigkeiten der Spitäler.

Empfehlung von H+: Annahme der Motion.

20.4264 s Mo. Ständerat (SGK-SR). Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care

Inhalt

Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit eine bedarfsgerechte Behandlung und Betreuung aller Menschen am Lebensende schweizweit gewährleistet ist, unter Berücksichtigung der allgemeinen und spezialisierten Angebote der Palliative Care in allen Versorgungsbereichen, ambulant, stationär sowie an Schnittstellen. Die Kantone sind in geeigneter Weise einzubeziehen.

Begründung

Ausgangspunkt für die Verabschiedung der Kommissionsmotion war der Bericht des Bundesrates in Erfüllung ihres Postulates 18.3384 (SGK-SR) «Bessere Betreuung und Behandlung von Menschen am Lebensende». Die Erkenntnisse aus dem Bericht sollen genutzt werden, um eine angemessene Finanzierung der Palliative Care in allen Versorgungsbereichen ins Auge zu fassen. Zu diesem Zweck sollen die zu schaffenden gesetzlichen Bestimmungen folgende Massnahmen umfassen:

1. Die Verankerung der Palliative Care im KVG.
2. Die Anerkennung von psychosozialen, spirituellen und funktionalen Leistungen am Patienten/ an der Patientin in der letzten Lebensphase als OKP-pflichtige Leistungskategorie.
3. Eine sachgerechtere Abbildung der Leistungen in Abwesenheit des Patienten/ der Patientin in den bestehenden Tarifstrukturen (Einzelleistungs- und Pauschaltarife) sowie in den Pflegebedarfsstufen.
4. Die Regelung der Abgeltung von konsiliarischen Leistungen im KVG.

5. Die Schaffung einer Beratungs- und Koordinationspauschale für ein spezifisches Case-Management von Palliative Care-Patientinnen und -patienten sowohl im stationären wie auch im ambulanten Bereich.
6. Die Klärung der Frage, wie Leistungen der spezialisierten stationären Palliative Care angemessen vergütet werden können. Die Vergütung im Rahmen einer Tarifstruktur ausserhalb von SwissDRG ist zu prüfen.
7. Die Klärung der Frage, wie Leistungen der allgemeinen stationären Palliative Care angemessen vergütet werden können – insbesondere im Hinblick auf eine Erweiterung der Pflegebedarfsstufen.
8. Die Klärung der Vergütung von Leistungen in Hospizen.
9. Die Klärung von Palliativleistungen in Institutionen für Menschen mit Behinderungen.

Der Hauptgrund für die bestehenden Versorgungslücken ist die Unterfinanzierung. Sie gefährdet über kurz oder lang auch das bestehende Angebot. Die Abbildung der spezialisierten Palliative Care in der Tarifstruktur SwissDRG ist aufgrund der Kleinheit und Heterogenität der Fallgruppen nach wie vor nicht in jeder Hinsicht sachgerecht. Je mehr hochkomplexe Patient/innen, Langlieger/innen und zuverlegte Patient/innen eine Palliativstation resp. Palliativklinik behandelt, desto existenzieller drängt sich für sie eine Lösung auf. Alternativen zum Fallpauschalensystem sind dabei ernsthaft und vorbehaltlos zu prüfen. Was die allgemeine Palliative Care betrifft, so werden heute namentlich psychosoziale Leistungen sowie Leistungen in Abwesenheit des Patienten (z.B. interprofessionelle Fallbesprechungen, Gespräche mit Angehörigen, Koordination mit vor- und nachgelagerten Leistungserbringern) nicht adäquat vergütet. Generell fehlt heute eine gesetzliche Regelung hinsichtlich dessen, wie die Sterbephase eines Patienten bzw. einer Patientin bedarfsgerecht vergütet werden soll. Eine umfassende bio-psycho-sozial-spirituelle Begleitung der Betroffenen wird bisher nicht als (kassenpflichtige) medizinische Aufgabe angesehen. Hingegen werden intensivmedizinische, interventionelle oder invasive Massnahmen, wie z.B. Koronarstents oder Radiotherapien problemlos von der OKP übernommen, auch wenn diese keinen palliativen Nutzen bringen. Damit besteht aber der falsche Anreiz, diese Massnahmen selbst kurz vor dem Tod eines Patienten noch anzuwenden, was den Sterbeprozess nur hinauszögert und belastet, statt ihn zu lindern.

Die Frage der genügenden Finanzierung ist im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes zu klären, unter gleichwertiger Berücksichtigung aller Versorgungsbereiche. Deshalb empfiehlt H+, der Motion zuzustimmen.

H+ empfiehlt: Annahme der Motion.

21.3003 n Mo. SGK-NR. Das Gesundheitssystem vorbereiten, um die gefährdetsten Personen zu schützen und überstürzte Massnahmen zu vermeiden

Inhalt

Der Bundesrat soll beauftragt werden, im Rahmen der Bewältigung der Covid-19-Pandemie die Kantone anzuweisen: 1. den Pflegeheimen die notwendigen Mittel an die Hand zu geben, damit sie regelmässig testen und dem Personal ermöglichen können, die Quarantäneregeln einzuhalten. Der Bundesrat wird aufgefordert, subsidiär die Gesundheitskapazitäten der Armee zur Verfügung zu stellen. 2. den Spitälern genaue Vorgaben und die notwendigen finanziellen Sicherheiten zu geben, damit sie ihre Intensivpflegekapazitäten bei einem erneuten Ausflammen der Pandemie rasch steigern können.

Haltung H+

H+ unterstützt diese Motion. Sie nimmt die Empfehlungen auf, die wir im Hinblick auf die Beratungen der eidg. Räte zum 20.084 Covid-19-Gesetz in der Wintersession 2020 abgegeben haben, insbesondere bezüglich Vorhalteleistungen der Spitäler und Zurverfügungstellung von Armeepersonen auch für Pflegeheime (siehe Schreiben der Sozialpartner vom 30.11.2020 sowie Schreiben von H+, Curaviva Schweiz, Spitex Schweiz und senesuisse vom 01.12.2020).

21.3021 n Mo. WBK-NR. Mehrwert für Forschung und Gesellschaft durch datenbasierte Ökosysteme im Gesundheitswesen

Inhalt

Der Bundesrat wird beauftragt, eine multidisziplinäre Arbeitsgruppe einzusetzen, um einen Bericht über die verantwortungsvolle Erhebung und Nutzung von Gesundheitsdaten und die Anforderungen an ein offenes Gesundheitsdaten-Ökosystem zu erstellen. Mit Vertretungen aus Hochschulforschung, Industrie, Gesundheitswesen, Technologie, Gesellschaft, Datenschutz und weiteren sollen folgende Fragen geklärt werden: Anforderungen an die Infrastruktur eines Gesundheitsdaten-Ökosystems hinsichtlich Datenzugang, Datenerhebung, Datenschutz, Interoperabilität, ethischer Grundsätze und weiterer Aspekte. Ziel der Arbeitsgruppe muss sein, Grundlagen zu liefern, damit in der Schweiz zeitnah ein datenbasiertes Ökosystem im Gesundheitswesen geschaffen und von der Forschung in Hochschulen, der Industrie und weiteren Interessierten für eine optimale Gesundheitsversorgung genutzt werden kann.

Haltung H+

Der Bundesrat lehnt diese Motion mit der Begründung ab, dass folgende Projekte die Anliegen der Motion bereits aufgenommen haben:

- Zurzeit wird ein Bericht in Erfüllung des Postulates SGK-S [18.4102](#) "Kohärente Datenstrategie für das Gesundheitswesen" erstellt. Darin wird die Verbesserung der Transparenz bei gleichzeitiger Reduktion der Erhebungswege thematisiert.
- Die Verwaltung hat im Rahmen der Umsetzung des Postulates Hummel [15.4225](#) "Bessere Nutzung von Gesundheitsdaten für eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung" einen Vorschlag für ein "System zur Weiterverwendung und Verknüpfung von Gesundheitsdaten" unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen erarbeitet. Das EDI wird dem Bundesrat die Ergebnisse dieser Arbeiten im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2021 unterbreiten.
- Der Bund finanziert das Swiss Personalized Health Network (SPHN). Das SPHN hat zum Ziel, eine nachhaltige Dateninfrastruktur aufzubauen, die die Interoperabilität klinischer Gesundheitsdaten gewährleistet und gleichzeitig einen sicheren Datenzugang für Forschende erlaubt. Dank der aufgebauten Infrastruktur sollen klinische Gesundheitsdaten, verwandte omics-Daten, sowie Daten aus Biobanken und Kohortenstudien einfacher und in besserer Qualität als bisher für Forschungsprojekte im Rahmen des Humanforschungsgesetzes (HFG, SR 810.30) weiterverwendet werden können.
- Im Rahmen der Umsetzung der Massnahmen zur Kostendämpfung in der Krankenversicherung hat Professor Ch. Lovis der Hôpitaux universitaires de Genève im Auftrag des Eidgenössischen Departementes des Innern (EDI) einen Bericht verfasst, der sich mit der Frage befasst, wie die Effizienz der Informationsbeschaffung im Bereich der Krankenversicherung verbessert und die Transparenz im Gesundheitswesen erhöht werden kann. Der Bundesrat hat diesen Bericht am 26. November 2020 zur Kenntnis genommen.
- Das Programm Nationale Datenbewirtschaftung (NaDB) des Bundesamtes für Statistik (BFS) leistet einen Beitrag zu den in der Motion genannten Zielen. Es umfasst vier Pilotprojekte, welche die Umsetzbarkeit eines einheitlicheren Datenflussmanagements und einer einmaligen Datenerhebung zur Mehrfachnutzung aufzeigen sollen. In diesem Rahmen setzt das Pilotprojekt "Spitalstationäre Gesundheitsversorgung" (SpiGes) des BFS die von Professor Lovis definierten Prinzipien um. Es soll die möglichen Effizienzgewinne aufzeigen und als Vorläuferprojekt für weitere Umgestaltungen in anderen Bereichen dienen.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass mit den laufenden Arbeiten die Anliegen der Motion bereits weitgehend erfüllt sind und erst die Ergebnisse der laufenden Abklärungen und Initiativen abgewartet werden sollten, bevor nächste Schritte eingeleitet werden. Er beantragt deshalb die Ablehnung der Motion. H+ kann sich dieser Beurteilung anschliessen.

H+ empfiehlt: Motion ablehnen (wie der Bundesrat).

21.3453 n Mo. SGK-NR. Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen

Inhalt

Der Bundesrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um die sogenannten Long-Covid-Fälle systematisch zu erforschen und zu begleiten. Er wird weiter beauftragt, die entsprechenden Programme zu initiieren.

Das Inselspital Bern publizierte im Verbund mit allen wichtigen klinischen Forschungsinstituten für Lungenkrankheiten eine Studie, die auf Untersuchungen von hospitalisierten Personen basiert. Sie kommt zum Schluss, dass die Corona-Erkrankung "anhaltende Beeinträchtigungen der Sauerstoffaufnahme der Lunge zur Folge haben [können]. Eine Langzeitbeobachtung und Behandlung dieser Patientinnen und Patienten sind wichtig und dringlich."

Aus diesem Grund ist es zwingend, dass die Schweiz anfängt, diese Fälle systematisch und wissenschaftlich zu erfassen und begleiten. Um diese Erfassung zu erleichtern, soll insbesondere eine Anlaufstelle geschaffen werden, bei denen sich Betroffene melden und ihre Erfahrung mitteilen und austauschen können.

Haltung H+

H+ schliesst sich der Beurteilung des Bundesrates an, der den Bedarf anerkennt, die langfristigen Auswirkungen von Covid-19 auf die Patientinnen und Patienten zu untersuchen.

Für die Begleitung von sogenannten Long-Covid-Fällen durch den Bund fehlt jedoch eine verfassungsrechtliche Grundlage. Die Schaffung von entsprechenden Versorgungsstrukturen liegt in der Kompetenz der Kantone. Die Begleitung soll daher im Rahmen bestehender Gefässe erfolgen.

H+ empfiehlt: Annahme der Motion.

21.3454 n Po. SGK-NR. Auswirkungen von Long-Covid

Inhalt

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen zu den Auswirkungen von Long-Covid auf die Sozialversicherungen (insbes. IV), zu den Armutsrisiken der Betroffenen und auf die nötigen Anpassungen in den Prozessen z.B. der Aufteilung von resultierenden Kosten zwischen Arbeitgebenden, Krankentaggeldversicherern, IV, Krankenkassen und Betroffenen.

H+ empfiehlt: Annahme des Postulates (wie der Bundesrat).

21.3457 n Po. WBK-NR. Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken

Inhalt

Der Bundesrat wird aufgefordert, in einem dringlichen Bericht die Situation darzulegen und aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Coronakrise auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen hat. Zudem wird der Bundesrat gebeten, konkrete Massnahmen zur Wahrung der psychischen Gesundheit und zur Versorgungssicherstellung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (insb. Studierende) aufzuführen.

Haltung H+

Die Coronakrise hat starke Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Dass dringender Handlungsbedarf besteht, zeigt sich daran, dass sich zunehmend Fachkräfte und -gremien mit unterschiedlichsten Perspektiven höchst besorgt zu Wort melden.

Parlamentarische Initiativen 1. Phase

18.437 n Pa. Iv. (Flückiger Sylvia) Herzog Verena. Stärkung der Palliative Care. Entlastung der stationären Strukturen durch Gleichstellung von Hospizen mit Geburtshäusern

Begründung: Die gute Absicht der parlamentarischen Initiative Herzog ist nicht in Frage zu stellen. Nur die Finanzierung und Preisgestaltung der Hospizversorgung zu regeln, würde jedoch das breite Spektrum der Hospizdienste nicht widerspiegeln. Es würde ein weiteres Silo entstehen. Die Hospizversorgung erfolgt in der Akutversorgung, in der ambulanten Pflege, in der Langzeitpflege, in Hospizen und zu Hause. Das Ziel ist es, die Kontinuität der Versorgung zu gewährleisten. Eine Annahme der parlamentarischen Initiative von Herzog hätte vielleicht den Vorteil, dass das dringendste Problem angegangen würde. Andere Dienste würden jedoch ausser Acht gelassen.

Empfehlung von H+: Ablehnung der Pa.Iv. zugunsten der oben genannten 20.4264 s Mo. Ständerat (SGK-SR). Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care.

20.429 n Pa. Iv. Fraktion G. Parlamentarische Covid-19-Verordnung. Konkretisierung von Artikel 102 der Bundesverfassung bezüglich Versorgungssicherheit.

Begründung: Gestützt auf eine parlamentarischer COVID-19 Verordnung wird Artikel 102 der Bundesverfassung mit einem neuen Absatz 3 wie folgt konkretisiert: "Der Bund sichert insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten sensiblen Medikamenten, Wirkstoffen und Schutzmaterial sowie trifft Massnahmen, um die Bevölkerung bei einer Pandemie zu schützen." Sensible Medikamente und Wirkstoffe der Grundversorgung kommen zu 80 Prozent aus China und Indien. Diese Quasi-Monopolstellung ist für die Schweiz - aber auch für ganz Europa - sehr problematisch, wie sich in der aktuellen Situation und der Coronavirus-Pandemie besonders deutlich gezeigt hat.

H+ anerkennt die von der Pa.Iv. aufgeworfene Problematik, bezweifelt jedoch, dass eine Änderung der Bundesverfassung sachlich gerechtfertigt ist. Zielführender dürfte es sein, die Sachlage genauer zu analysieren und, je nach Ergebnis, eine Gesetzesanpassung vorzunehmen. Zur Thematik gibt es inhaltlich ähnliche Vorstösse, die in dieser Diskussion zu berücksichtigen sind.

Empfehlung von H+: Keine Folge geben.